

Kurzmeldungen

Das Zentrum für Ländliche und Regionale Entwicklungsforschung der Gadjah-Mada-Universität von Yogyakarta hat 1989 eine Studie über die Entwicklung Osttimors erarbeitet. Die Studie kommt zu dem Schluß, daß die mangelnde Anteilnahme der Bevölkerung an den indonesischen Entwicklungsprogrammen immer noch auf die traumatische Erfahrung der Annexion zurückzuführen sei. Ein Seminar, das am 16. April in Dili über diese Untersuchung hätte stattfinden sollen, ist vermutlich aufgrund von Vorbehalten der indonesischen Militärs abgesagt worden.

(FEER v. 3.5.)

Während der Gerichtsverhandlung gegen sechs Bandungen Studenten (vgl. SOAI 1/90) kam es zur ersten öffentlichen Verlesung des Briefs von **Msg. Belo an den UNO-Generalsekretär**, in dem der Kirchenmann ein Referendum über die Zukunft Osttimors gefordert hatte (vgl. SOAI 2/89). In seiner Verteidigungsrede nahm **Ammarsyah**, einer der Verurteilten, ausführlich Stellung zu der Annexion Osttimors; er verurteilte die Grausamkeiten des indonesischen Militärs und beklagte die etwa 200.000 Todesopfer.

(TAPOL No. 98 [Apr.])

Indonesien strebt die Mitgliedschaft in der **UN-Menschenrechtskommission** an. Der bisherige Beobachterstatus bot nach Ansicht des Außenministeriums nicht genug Möglichkeiten, ausländischer Kritik an der Menschenrechtsslage in Indonesien wirksam zu begegnen. Vom 29. Jan. - 9. März war Indonesien wiederholt vor der Kommission wegen seiner Besatzungspolitik in Osttimor angegriffen worden.

(TAPOL No. 98 [Apr.];

FEER v. 7.5.)

Anhaltende Kritik an Indonesiens Hinrichtungspraxis

Erst bei Bekanntgabe der vier Hinrichtungen vom 16. Feb. (vgl. SOAI 1/90) wurden Hinweise veröffentlicht, daß bereits im Oktober 1989 in Medan (Sumatra) zwei Männer geheim exekutiert worden sind. Die Opfer sind **Tohong Harahap** und **Mochtar Effendi Sirait**, ehemalige mittlere PKI-Funktionäre, die seit 1974 in der Todeszelle gesessen hatten. Die Hinrichtungen sind auf weitverbreitete internationale Kritik gestoßen. Die Niederlande stellte die Unterzeichnung eines Entwicklungshilfeabkommens in Höhe von 27 Mio. Fl. zurück. Die EG-Länder protestierten erstmalig gemeinsam vor der UN-Menschenrechtskommission in Genf, einzelne EG-Länder, darunter auch die Bundesrepublik, unternahmen weitere diplomatische Schritte, und die wichtigsten bei der Menschenrechtskommission akkreditierten Nichtregierungsorganisationen unterzeichneten eine gemeinsame Erklärung.

Mit den Protesten gegen die ausgeführten Exekutionen wurde der indonesischen Regierung auch die Aufforderung übermittelt, für den 11. März geplante weitere sechs Hinrichtungen auszusetzen. Bei diesen sechs Gefangenen, die jeweils etwa 20 Jahre im Gefängnis zugebracht haben, handelt es sich um: **Ruslan Wijayasastra** (70 J.), **Sukatno** (61), **Iskander Subekti** (67), **Asep Suryaman** (62), **I Bungkus** (61) und **Marsudi** (53).

Allen wurde entweder die Beteiligung am sogenannten Putschversuch 1965 oder am Aufstand von Blitar 1968 vorgeworfen. **Amnesty International** "ist der Ansicht, daß die sechs Gefangenen in Prozessen verurteilt wurden, die die internationalen Richtlinien für faire Gerichtsverfahren nicht erfüllt haben". Obwohl die Häftlinge im März bereits zur Exekution aus ihren Zellen geholt worden waren, wurden sie zu jenem Zeitpunkt nicht hingerichtet. Eventuell hat der internationale Druck ein Einlenken der indonesischen Regierung erreicht, obwohl diese sich später - nach Angaben der indonesischen Botschaft in Bonn - vehement gegen die "ausländische Einmischung" verwahrte.

Ein weiterer Grund für den bisherigen Aufschub der Exekution ist u.U. darin zu sehen, daß man den Besuch des niederländischen Entwicklungshilfeministers **Jan Pronk** vom 6.-14. April nicht belasten wollte. **Pronk** konferierte in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des internationalen Hilfskonsortiums für Indonesien, **IGGI**, mit offiziellen Stellen und unterstrich, daß die **IGGI**-Hilfe an Menschenrechtsfragen geknüpft werden könne.

vgl. *Presseerklärung der Europäischen Politischen Kooperation* v. 9.3.; *AI-Urgent Action* v. 14.3.; *II No. 22 (März)*; *FEER* v. 26.4.; *TAPOL* No. 98 (Apr.); *IFM* Jg. 15, Nr. 3 (Apr.); *AI-Indonesien-Info* Nr. 2 (Mai)



Tausende von Gefangenen wurden jahrelang ohne Gerichtsurteil in Konzentrationslagern festgehalten. Hier Gefangene auf der Insel Buru.

Foto: I. Wessel, Geschichte Indonesiens,

Kurzmeldungen

Die seit vier Jahren eingefrorenen **militärischen Beziehungen Indonesiens zu Australien bessern sich** zusehends. Am 5.-7. März vereinbarten Militärendelegationen beider Länder in Jakarta u.a. gemeinsame Manöver, gemeinsame Ausbildung an modernen Waffensystemen sowie Zwischenlandrechte australischer Kampfflugzeuge. (*FEER* v. 22.3.; *II* No. 22 [März])

Indonesien entsendet einen neuen Botschafter nach Bonn. **Hashim Djalal**, diesmal kein Militär, war zuvor Chef der Forschungsabteilung im indonesischen Außenministerium.

(FEER v. 5.4.)

Die Bundesrepublik und Indonesien planen die **gemeinsame Bewirtschaftung des tropischen Regenwaldes** der Inselrepublik. Am Ende einer Expertentagung in Jakarta kam es zu einer Vereinbarung mit dem Ziel, eine nachhaltige Bewirtschaftung des Regenwaldes zu erreichen, die sowohl der ländlichen Bevölkerung als auch der Privat- und der Volkswirtschaft nützen soll.

(Oberbadisches Volksblatt v. 13.3.)

Indonesiens Regenwald wird in Zukunft auch zu Kleenex-Tüchern verarbeitet werden. Der US-amerikanische Konzern **Kimberley Clark Co.** ist mit der javanischen **PT Kertas Leces** ein Produktions-Joint-venture eingegangen und beabsichtigt zur Rohstoffbeschaffung ein gemeinsames Unternehmen mit **PT Astra** in Irian Jaya.

(*II* No. 22 [März])

Die Modehäuser **Gucci** und **Christian Dior** werden in **Krokodilfarmen in Irian Jaya** investieren. Schon heute wird das hochwertige Krokodilleder nach Frankreich zur Produktion von Accessoires exportiert.

(*II* No. 22 [März])

Kurzmeldungen

Japan kürzt die Entwicklungshilfe (wie in *SOAI* 1/90 bereits vermutet) für Indonesien im laufenden Fiskaljahr 1990/91 um 16 %.

(FEER v. 17.5.)

Nach Angaben des staatlichen Gewerkschaftsbundes *SPSI* sind die **Löhne in der Privatwirtschaft Indonesiens unmenschlich**. In Jakarta zahlen 10 % der Betriebe noch nicht einmal den gesetzlichen Mindestlohn, der seinerseits auch nur 58 % jener Summe ausmacht, die fürs tägliche Überleben benötigt wird.

(II No. 22 [März])

Indonesien plant den Bau von 7 bis 12 Atomreaktoren, deren erster im Jahr 2003 ans Netz gehen soll. Die vorgesehenen Standorte befinden sich v.a. auf der erdbebengefährdeten und dichtbevölkerten Insel Java. Die Finanzierung soll durch Weltbankkredite gesichert werden.

(II No. 22 [März])

Die indonesische Regierung überdenkt ihre Asylpolitik auf Druck des Militärs. Das einzige Flüchtlingslager des Landes auf der Insel Galang vor Sumatra mit einer Kapazität von 5000 Plätzen ist seit dem März mit vietnamesischen und zunehmend kambodschanischen Flüchtlingen hoffnungslos überfüllt (im Mai 12.000). Hauptursache dafür ist, daß Malaysia die ankommenden Boatpeople lediglich mit Nahrung versorgt und sie dann wieder auf See schickt. Das indonesische Militär sieht in der wachsenden Flüchtlingszahl eine Bedrohung der inneren Sicherheit des Landes. Australien wiederum befürchtet, daß nun die indonesische Regierung ihrerseits die Boatpeople weiterschicken könnte.

(FEER v. 19.4., 17.5., 24.5.)

Verhaftung von Asylsuchenden in Jayapura

Bereits vor Beginn einer am 14. Dez. 1989 geplanten Unabhängigkeitsdemonstration in Jayapura, der Hauptstadt der Provinz Irian Jaya (Westneuguinea), sind mehrere Hundert Personen von indonesischen Sicherheitskräften festgenommen worden; von ihnen sollen noch mindestens sechs in Haft sein. Eine Gruppe von sieben Organisatoren der geplanten Demonstration flüchtete in das Konsulat von Papua-Neuguinea (PNG) und bat dort um Asyl. Auf Betreiben der australischen Regierung hin, die PNGs Außenpolitik gegenüber Indonesien maßgeblich mitbe-

stimmt, wurde den Asylsuchenden nahegelegt, das Gebäude zu verlassen. Obwohl eine Sicherheitsgarantie ausgesprochen worden sein soll, sind vier von ihnen, *Eddy Waromi*, *Jacobus Rumbiak*, *Jacobus Matui* und *Matthias Kambraya* (nach einer anderen Quelle *Martin Kambu*) Ende Januar verhaftet worden und erwarten einen Prozeß wegen Subversion. Die drei anderen Personen, die Ehefrau und zwei Kinder von *Jacobus Rumbiak*, stehen unter Hausarrest.

Die geplante Demonstration sollte am ersten Jahrestag

einer Kundgebung in Jayapura stattfinden, bei der zum erstenmal die Flagge des unabhängigen Westpapua gehißt worden war. Als Initiatoren jener Kundgebung am 14. Dez. 1988 wurden *Tom Wainggai* zu zwanzig Jahren und seine japanische Frau *Teruko* zu sieben Jahren Haft verurteilt. Um ihre Einflußnahme auf die jüngsten Proteste zu vereiteln, ist das Ehepaar *Wainggai* am 24. Jan. in ein javanisches Gefängnis überführt worden.

vgl. FEER v. 15.3.; GPL Nr. 7 (Apr.); TAPOL No. 98 (Apr.)



Flüchtlinge von Irian Yaya in Camps in Papua-Neuguinea

Foto: Inside Indonesia, No. 12, 1987, S.19

Soziale Frage oder Chinesen-Frage?

Präsident *Suharto* propagiert weiterhin seinen Vorschlag aus der Budgetrede vom Januar, daß die indonesischen Großunternehmen ("Konglomerate") 25 % ihrer Anteile an Kooperativen abgeben sollen (vgl. *SOAI* 1/90). Mit dieser demonstrativen, wiewohl kaum zu realisierenden Vorstellung versucht er jene zu besänftigen, die von der Weltmarktöffnung des Landes kaum profitiert haben bzw. sogar geschädigt wurden. Vor allem in den Kreisen der indonesischen Mittel- und Kleinbetriebe, aber auch in muslimischen Organisationen wie den *Nahdlatul Ulama* hat sich diese Unzufrie-

denheit auf der Suche nach dem Sündenbock bereits wieder in antichinesischen Äußerungen ausgedrückt. *Suharto* umwirbt aber vermutlich genau diese Schichten, um 1993 mit breiter Mehrheit ein sechstes Mal zum Präsidenten gewählt zu werden.

Im gefährlichen Spiel mit den antichinesischen Ressentiments, die im indonesischen Nationalismus Tradition haben (vgl. *SOAI* 4/89), wendet *Suharto* völlig neue Methoden an. Am 4. März lud er auf seine Vieh ranch in Tapos, südlich von Jakarta, die 31 bedeutendsten Geschäftsleute ein (29 davon "ethnische Chi-

nese"), um ihnen in einem autoritativen Frage- und Antwortspiel seine Auffassungen von sozialer Gerechtigkeit zu vermitteln. Dieses Gespräch wurde später im Staatsfernsehen gezeigt und in der Presse ausführlich dokumentiert und kommentiert.

Da die Unternehmer sich jedoch nicht in der Lage sahen, mehr als etwa 1 % ihrer Anteile an Kooperativen abzugeben, ist die Wirkung dieser Medienoffensive des Präsidenten auf die Bevölkerung nicht absehbar. Vor allem unter den kaum vermögenden "chinesischen" Kleinunternehmern wächst die

Befürchtung, daß es wieder zu anti-chinesischen Ausschreitungen kommen werde - zumal die reichsten Geschäftsleute allein deshalb für den Volkszorn un-erreichbar bleiben werden, weil sie zu den engsten Geschäftspartnern der Familie des Präsidenten gehören.

vgl. FEER v. 29.3.;
AW v. 18.5.



Milliardär Liem – ethnisch chinesischer Herkunft

Foto: AW 18.5.90, S. 21

Wirbel um ein Telekommunikationsprojekt

Die bis ins Diplomatische reichende Kontroverse um einen Riesenauftrag für ein digitales Telekommunikationssystem ist von der indonesischen Regierung vorerst aufgeschoben worden. Im Frühjahr 1989 hatten aufgrund einer internationalen Ausschreibung 11 transnationale Elektronikkonzerne mit Angeboten für ein Projekt eingereicht, dessen Umfang etwa 300 Mio. US\$ umfaßt, einschließlich der Folgeaufträge jedoch auf ein Volumen von etwa 2 Mrd. \$ geschätzt wird. Im Januar d.J. hatte der Koordinationsminister für Wirtschaft, *Radius Prawiro*, die Liste der zuletzt übriggebliebenen fünf auf zwei Anbieter reduziert: *NEC* (Japan) und *AT&T Network Systems International* (Niederlande), ein Joint-venture-Unternehmen von *AT&T* (USA), *STET* (Italien) und *Phillips* (Niederlande).

Vor allem die Regierungen Japans und der USA intensivierten nun ihre Lobbytätigkeit (nachdem in die Angebote der jeweiligen Firmen bereits staatliche Unterstützung eingeflossen war). Besonders schweres Geschütz fuhr die Bush-Administration auf: Präsident *Bush* schrieb einen Brief an Präsident *Suharto*, Vizepräsident *Quayle* und Wirtschaftssekretär *Mosbacher* trafen den indonesischen Botschafter in Washington, *Abdul Rachman Ramly*, und Außenminister *Baker*, sein Mitarbeiter *Eagleburger* sowie

die Handelsbeauftragte *Hill* sprachen mit verschiedenen offiziellen Stellen in Indonesien. Hauptforderung der Amerikaner war ein "fairer Wettbewerb", Hauptkritikpunkt, daß die japanische Regierung als wichtigster Geldgeber Indonesiens Druck zugunsten von *NEC* ausübe.

Die indonesische Regierung entzog sich dieser schwierigen Lage, indem sie die Karten völlig neu mischte. Beide im Finale vertretene Firmen hätten ein Angebot vorgelegt, das den indonesischen Kreditbestimmungen nicht entspreche. (Nach dem Präsidentendekret Nr. 8/1984 darf der Devisenkreditanteil von Staatsprojekten nicht höher als mit 3,5 % verzinst sein, muß eine Mindestlaufzeit von 25 Jahren sowie eine tilgungsfreie Zeit von 7 Jahren haben.) Daraufhin wurden alle fünf Firmen, die in die engere Wahl gekommen waren, aufgefordert, neue Angebote einzureichen.

Außer den erwähnten Unternehmen sind dies: *Fujitsu* (Japan), *C.M. Ericsson* (Schweden/Australien) und *Alcatel* (Niederlande), ein Joint venture von *General d'Electricité* (Frankreich) und *ITT* (USA). Mit einer Entscheidung ist nicht vor dem Herbst d.J. zu rechnen.

Doch auch die innerindonesische Seite des lukrativen Geschäfts erregte Aufsehen. Forschungs- und Technologie-minister *Habibie* hatte Anfang

1989 die Firma *PT Elektrindo Nusantara* zum inländischen Partner des Projekts erkoren, obwohl andere Firmen ähnliche technische Voraussetzungen und z.T. größere Erfahrung hätten einbringen können. *Elektrindo* gehört jedoch zu 45 % *PT Bimantara Citra*, die wiederum von *Bambang Trihatmodjo* kontrolliert wird, einem Sohn von Präsident *Suharto*.

Vor acht Jahren bereits hatte *Habibie* in einem Telekommunikationsprojekt eine Entscheidung getroffen, die von indonesischen Fachleuten heftig kritisiert worden war. Damals schusterte der in der Bundesrepublik ausgebildete Minister der Firma *Siemens* einen Auftrag im Wert von 170 Mio. US\$ zu, obwohl *Siemens* von allen zehn Bewerbern das am wenigsten qualifizierte und eines der teuersten Angebote gemacht haben soll.

vgl. *Asia Monitor* No. 4/82; *TAZ* v. 4.4.87; *FEER* v. 8.3., 15.3., 5.4.;
AW v. 9.3.

Tote und Verletzte

In den vergangenen Monaten gab es mehrere bewaffnete Zusammenstöße mit Separatisten in Aceh, Nordsumatra. Mehrere Polizeiposten seien überfallen, bei Gegenangriffen mindestens fünf unbeteiligte Zivilisten vom Militär getötet worden

(*FEER* v. 3.5.)

Kurzmeldungen

Generalmajor Dharsono wird im September aus der Haft entlassen werden. 1986 war der ehemalige Gefolgsmann Präsident *Suhartos* wegen angeblicher Beteiligung an den Tanjung-Priok-Unruhen zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt worden (vgl. *SOAI* 1/86). Beobachter sehen in der Ankündigung einen Versuch, sowohl die aktuelle Menschenrechtsdiskussion um Indonesien positiv zu beeinflussen als auch im Vorfeld der Parlamentswahlen 1992 muslimischen Gruppen Entgegenkommen zu signalisieren.

(*FEER* v. 10.5.)

Das Bandunger Büro des **Rechtshilfeinstituts LBH** ist mehrfach bedroht worden. Von unbekannter Seite wurden Anschläge mit Bombenattrappen und menschlichen Fäkalien verübt. Zu den letzten Fällen, in denen *LBH* Rechtshilfe geleistet hat, zählen der Prozeß gegen die Bandunger Studenten (vgl. *SOAI* 1/90) und der Landrechtskonflikt in Cimacan

(vgl. *SOAI* 4/89). (II No. 22 [März])

Im Zusammenhang der Bandunger Studentendemonstrationen vom August vergangenen Jahres werden **weitere 6 Studenten vor Gericht** gebracht.

(*TAPOL* No. 98 [Apr.])

Nach der zweiten Ausgabe wurde die **Menschenrechtszeitung Monitor Hak-Hak Asasi Manusia verboten**. Das Informationsamt begründete diesen Schritt mit fehlenden Erscheinungsgenehmigungen.

(*IFM* Jg. 15, Nr. 3 [Apr.]; *TAPOL* No. 98 [Apr.])

Die **Kette von Gerichtsverfahren gegen Muslime** reißt nicht ab. In Bima (Lombok), Lampung und Aceh (Sumatra), Jakarta, Bandung und Malang (Java) laufen zur Zeit Subversionsprozesse.

(*TAPOL* No. 98 [Apr.])